

|  |   |   |
|--|---|---|
| <b>ANFRAGE</b><br><br>Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke)<br>Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)<br><br>vom 19. November 2013 | Gremium:<br><br>Termin:<br>Vorlage Nr.:<br>TOP: | <b>56. Plenarsitzung Gemeinderat</b><br><br><b>17.12.2013</b><br><b>2013/0238</b><br><b>38</b><br><br><b>öffentlich</b> |
| <b>Erklärung des Gemeinderates für ein Bleiberecht für geduldete Migrantinnen und Migranten</b>                                  |   |   |

1. Wie viele Migrantinnen und Migranten mit Duldungsstatus leben derzeit in Karlsruhe?
2. Was hält die Stadt von der Forderung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg an die Landesregierung nach einem Bleiberecht für geduldete Migrantinnen und Migranten, die seit Jahren in Deutschland bzw. Baden-Württemberg leben, ein Bleiberecht einzuräumen?

Mit der Landeserstaufnahmestelle ist die Stadt Karlsruhe der zentrale erste Anlaufpunkt für Flüchtlinge, die in Baden-Württemberg ankommen. In Karlsruhe besteht ein umfangreiches Netzwerk von Organisationen und Institutionen, die sich für die Unterstützung und die Rechte der in Karlsruhe ankommenden Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten engagieren:

3. Was hält die Stadtverwaltung von dem Vorschlag, dem Gemeinderat eine Erklärung vorzulegen, mit der der Landesregierung vorgeschlagen wird, alles in ihrem Einflussbereich Mögliche zu unternehmen, um Migrantinnen und Migranten mit Duldungsstatus ein Bleiberecht einzuräumen – entsprechend dem Vorschlag des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg?

**Sachverhalt/Begründung:**

Im November 2013 hat der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg von der grün-roten Landesregierung ein Bleiberecht für geduldete Ausländer, die seit Jahren in Deutschland leben und absehbar nicht ausreisen, eingefordert. Karlsruhe ist Standort der Landeserstaufnahmestelle (LEA) für Flüchtlinge in Baden-Württemberg, zudem besteht in Karlsruhe ein umfangreiches Netzwerk von bürgerschaftlichen Organisationen und Institutionen, die sich mit den Fragen und Problemen von

Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten befassen und für deren Recht einsetzen. Der Gemeinderat könnte ein gutes Signal setzen, indem er in einer Erklärung die Forderung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg an die Landesregierung nach einem Bleiberecht für geduldete Ausländer/-innen, die seit Jahren in Deutschland leben und absehbar nicht mehr ausreisen (wollen), unterstützt.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

6. Dezember 2013